

„Wir müssen mit steigenden Energiepreisen rechnen“

ENERGIEWENDE: Die Europäische Akademie Bad Neuenahr zog auf ihrer Jahrestagung in Bonn ein Zwischenfazit zur Energiewende. Die Wissenschaftler verdeutlichten, dass die derzeitige Diskussion um höhere Strompreise den Blick viel zu sehr verengt. Damit Deutschland die Energiewende stemmen kann, braucht es Weitblick und Geduld.

VDI nachrichten, Bonn, 7. 6. 13, swe

Der gesetzliche Rahmen der deutschen Energiewende, das Energiekonzept der Bundesregierung, ist ein hochkomplexes Werk. 28 Einzelmaßnahmen zählte Ulrich Wagner, Vorstand für Energie und Verkehr beim DLR in Köln, zum Auftakt der Tagung. Jede Maßnahme für sich genommen sei „unheimlich sinnvoll“, nur in der Kombination funktionieren das System nicht reibungslos.

Technologisch, so der Elektrotechnikingenieur, stehe man vor einem Paradigmenwechsel, weil allein durch eine lineare Weiterentwicklung „der heute ja gar nicht so schlechten Technologien“ die Energiewende bis 2050 nicht zu bewältigen sei.

Wichtig, so Wagner, sei für das Projekt Energiewende eine Balance: Er nannte eine breite Diversifizierung der zukünftigen Primärenergiestruktur, einen Ausgleich von Energieeffizienzmaßnahmen einerseits und den Ausbau erneuerbarer Energien andererseits. „Entscheidend ist, dass wir eine Balance errechnen aus dezentralen und zentralen Energieerzeugern, die aus volkswirtschaftlicher und ökologischer Sicht zu einem Optimum führt.“

Joachim Nitsch, ehemaliger Leiter und heute Senior Scientist des Instituts für Technische Thermodynamik des DLR in Stuttgart, wies darauf hin, dass Deutschland die Energiewende allein nicht bewältigen könne: „Eine derartige Entwicklung kann ein einzelnes Land alleine nicht durchhalten, wenn nicht unterstellt wird, dass sich ganz Europa in absehbarer Zeit in etwa in die gleiche Richtung bewegt.“

„Wir müssen die europäische Diskussion vorantreiben“, betonte auch Miranda Schreurs, Leiterin des Forschungszentrums für Umweltpolitik der Freien Universität in Berlin und

Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung.

Eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarn sei wichtig, so Schreurs – auch aus finanzieller Sicht. „Die meisten Szenarien sagen uns, dass die Energiewende für Deutschland billiger würde, wenn wir zusammen mit den Nachbarländern arbeiten würden. Die ganze Debatte ist viel zu Deutschland-fokussiert“, sagte die Politikwissenschaftlerin.

Die derzeit hitzige Debatte um zu hohe Strompreise kommt in der politischen Diskussion zusammen mit einer Akzeptanzdebatte über verschiedene Aspekte der Energiewende, wie den Netzausbau und den verstärkten Aufbau großer Stromerzeugungsanlagen wie großflächige Solarparks oder Windkraftanlagen in Waldgebieten.

„Wir müssen in jedem Fall mit steigenden Energiepreisen rechnen“,



Foto: SRU

„Die meisten Szenarien sagen uns, dass die Energiewende für Deutschland billiger würde, wenn wir zusammen mit den Nachbarländern arbeiten würden.“

Miranda Schreurs,
Leiterin des Forschungszentrums
für Umweltpolitik, FU Berlin

mahnte Nitsch eine ehrliche Debatte in puncto Energiepreise an. Die Energiepreise – und nicht nur die Strompreise – würden mittel- und langfristig in jedem Fall steigen.

„Entweder haben wir eine erfolglose Klimaschutzstrategie, wir überlassen das EU-Emissionshandelssystem mit derzeit geringen CO₂-Preisen sich selbst, aber die Nachfrage nach fossilen Energieträgern wird weltweit steigen und so die Preise nach oben treiben“, erklärte Nitsch. Oder es gebe eine erfolgreiche Klimaschutzstrategie, dann hätte man hohe CO₂-Preise. Steigende Energiepreise seien kein Nachteil: „Wenn man es geschickt anstellt, sind sie ein Innovationstreiber für Effizienztechnologien.“

Ortwin Renn, Technik- und Umweltsoziologe an der Universität Stuttgart, wundert die Akzeptanzdebatte zu einzelnen Aspekten der Energiewende nicht: „Wer geglaubt hätte, dass mit dem Verzicht auf die Kernkraft Akzeptanzprobleme verschwunden wären, ist sicher inzwischen eines Besseren belehrt worden.“ Wichtig sei, die Menschen so früh wie möglich bei Maßnahmen zu beteiligen – sei es bei dem Netzausbau oder der Errichtung neuer Anlagen.

Die Politikwissenschaftlerin Schreurs sah auch die Gefahr, dass nicht nur Deutschland, sondern Europa derzeit die Rolle des internationalen Vorreiters bei der Klimapolitik und der Energiewende verliere.

Die deutsche Bundesregierung versucht sich dagegenzustemmen, das zumindest wurde am Samstag letzter Woche in Berlin deutlich: Deutschland initiierte den ersten Bund von Staaten, die sich als Vorreiter die weltweite Verbreitung erneuerbarer Energien auf die Fahnen schreiben. Gründungsmitglieder des „Clubs der Energiewende-Staaten“ sind Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Indien, China, Südafrika, Marokko, Tonga sowie die Vereinigten Arabischen Emirate. Dabei ist zudem die Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (Irena). Bundesumweltminister Peter Altmaier hofft, so wirtschaftliches Potenzial heben zu können. swe